

Wissenschaftsumbau Ost

Ein 25-Jahres-Jubiläum mit eher begrenzten Jubelanlässen

Der Zusammenbruch der DDR vollzog sich auch im Hochschulbereich. Für eine kurze Phase stand die selbstbestimmte, demokratische Umgestaltung des DDR-Wissenschaftssystems im Mittelpunkt, doch schon sehr schnell wurde mit der Perspektive der deutschen Einheit die Einordnung in das Modell der Bundesrepublik unausweichlich. Aus dem Abstand von 25 Jahren skizziert Peer Pasternack die wesentlichen Abläufe von Umbau und Abwicklung des ostdeutschen Hochschulwesens.

Das paradigmatische Muster für die Umgestaltungsvorgänge in der ostdeutschen Wissenschaft hatten die Abwicklungen an den Hochschulen zur Jahreswende 1990/1991 abgegeben. Sie betrafen die Hochschulen und dort vorrangig Institute, die inhaltlich eng mit der DDR-Gesellschaftsordnung verbunden gewesen waren. »Abwicklung« bedeutete die Schließung der Einrichtungen und Versetzung ihrer MitarbeiterInnen in eine Warteschleife; sobald die Warteschleife ausgelaufen war, endeten alle weiteren Verpflichtungen des öffentlichen Arbeitgebers. Problematisch daran war die dezidierte Nichtindividualität des Vorgangs. Die Mitgliedschaft in einem Institut, das als politisch problematisch oder sachlich überflüssig galt, also ein *Kollektivmerkmal*, entschied über die *individuelle* berufliche Existenz. Die Protagonisten dieses Vorgehens hingegen argumentierten jakobinisch: Die Abwicklungen seien ein Befreiungsschlag, der arbeitsrechtliche Zwänge beseitige.

In diesen Abwicklungen bereits kreuzten sich die drei Dimensionen, innerhalb derer dann der gesamte ostdeutsche Wissenschaftsumbau stattfand: die strukturelle, personelle und die inhaltliche Dimension. Neben der strukturellen Anpassung der ostdeutschen an die westdeutsche Wissenschaft und der inhaltlichen Pluralisierung des Forschungs- und Lehrbetriebs war es insbesondere der personelle Umbau, der den Gesamtvorgang kennzeichnete. Dieser bestand aus zwei Elementen: der Personalstruktur-Neugestaltung und der Personalüberprüfung.

Personeller Umbau

Dabei standen sich Forderungen wie radikaler Elitenwechsel und das Gebot legalen Handelns, also die Forderung nach

Rechtsbindung jeglicher Prozesselemente, gegenüber. Die mehr oder weniger elegante Lösung war eine paradoxe Intervention. Mit der Begründung, Wissenschaft und Politik fortan zu trennen, wurden Politik und Wissenschaft noch einmal explizit zusammengeführt: Personalkommissionen und Ministerien unternahmen politische Bewertungen der WissenschaftlerInnen, die sogenannten Integritätsüberprüfungen.

Mit dafür eingerichteten Personalkommissionen war – nach Reichweite, Eingriffstiefe, Einsatzdauer und Folgen – das Primärinstrument des personellen Wandels installiert worden. Der Form nach vermittelte es nichtjustiziable Strafansprüche mit dem Gebot legalen Handelns. Die von den Personalkommissionen durchgeführten parajuristischen Verfahren waren in ihrem positivistischen Kern Beurteilungen individualbiografischer Vergangenheiten mit dem Ziel, Sozialprognosen über die Eignung (resp. Nichteignung) für den Öffentlichen Dienst der Bundesländer zu gewinnen. Funktional war dieses Anliegen in das Zumutbarkeitskriterium übersetzt worden. Auf Grundlage der von den Kommissionen gewonnenen Erkenntnisse und Bewertungen stellten die zuständigen WissenschaftsministerInnen die Un-/Zumutbarkeit der einzelnen Personen fest.

Dem lagen zum Teil recht strikte Maßstäbe zugrunde: »Maßgebend für die Entscheidung ist [...] die Erwartung, dass die Betroffenen vorbehaltlos [*sic!*] für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten«, dekretierte das Sächsische Wissenschaftsministerium.¹ Eine derartige Formulierung durfte erstaunen, da damals weithin die Auffassung vorherrschte, die Zeit der administrativen Abschaffung von Vorbehalten sei vorbei.

Der Personalstellenabbau betraf sowohl Hochschulen als auch außeruni-



versitäre Forschungseinrichtungen. Bei Letzteren folgte der Stellenabbau einer weitgehenden Übertragung der westdeutschen Institutionenordnung. Die Auflösung der DDR-Wissenschaftsakademien wurde verbunden mit der Gründung von Max-Planck- und Fraunhofer-Instituten, Großforschungseinrichtungen (heute Helmholtz-Gemeinschaft) und Blaue-Liste-Instituten. Für Letztere bedeutete das eine massive Stärkung, die dann in der Bildung der Leibniz-Gemeinschaft kulminierte.

Sämtliche Strukturtransfers hatten Auswirkungen auf konkrete Personen. Daraus resultiert die häufige Frage nach Zahlen des Verbleibs bzw. Nichtverbleibs im akademischen System. Allerdings gibt es dazu keine Gesamterhebung. Die empirisch abgesicherten Erhebungen, denen sich relevante Zahlen entnehmen lassen, sind zum einen überschaubar, zum anderen in ihren Einzelheiten schwer miteinander vergleichbar. Zumindest lässt sich aus ihnen ableiten, dass es in den 90er Jahren eine massenhafte Beendigung von wissenschaftlichen Berufsbiografien gegeben hat. Darüber hinaus kann nur eine plausible Schätzung auf der Basis einer Zusammenschau der verschiedenen statistischen Erfassungen und Hochrechnungen stattfinden. Diese plausible Schätzung ergibt, dass das 1989 beschäftigt gewesene Personal in folgenden Größenordnungen abgebaut worden ist:²

- ca. 60 Prozent an den Hochschulen (mit starken regionalen Unterschieden, die daraus resultierten, dass die Hälfte des gesamten DDR-Wissenschaftspotenzials auf Ost-Berlin und die drei sächsischen Bezirke konzentriert war),
- ca. 60 Prozent in der außerhochschulischen Akademieforschung (die anderen 40 Prozent waren dann in Max-Planck-, Fraunhofer- und Blaue-Liste-Instituten, Großforschungseinrichtungen sowie in Landesinstituten tätig),
- ca. 85 Prozent in der Industrieforschung.

Ost und West

Hinsichtlich der dann entstandenen quantitativen Ost-West-Verteilungen innerhalb des akademischen Personals ist auf erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Fächergruppen hinzuweisen:

- Die Sozial- und Geisteswissenschaften wurden stärker verwestlicht als die Naturwissenschaften.
- Innerhalb der Letzteren hatten ostdeutsche ProfessorInnen in den Ingenieurwissenschaften die größten Verbleibchancen, während die Verhältnisse an den medizinischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten stärker ost-west-ausgeglichen waren.
- Innerhalb der Sozial- und Geisteswissenschaften wurden die Sozialwissenschaften deutlicher verwestlicht als die Geisteswissenschaften.

Eine besonders problematische Implikation der Vorgänge waren die Schwierigkeiten, die der Transformationsmodus den jüngeren und mittleren ostdeutschen Wissenschaftlergenerationen bei der Integration in den neu organisierten akademischen Betrieb bescherte. Deren Angehörige hatten noch in der DDR ihre ersten Schritte in der Wissenschaft absolviert und dann mit dem Umbruch ihre akademischen LehrerInnen und Netzwerke verloren. Aus beiden Generationen gelang es nur wenigen, sich gegen das in den ersten Jahren wirksame Stigma, in der DDR wissenschaftlich sozialisiert worden zu sein, in die neuen Strukturen zu integrieren. Es mangelte den jüngeren WissenschaftlerInnen sowohl an der Einbindung in die nun relevanten Netzwerke als auch häufig an habitueller Passfähigkeit. Sie stießen daher an eine gläserne Decke (ähnlich, wie sie aus den Forschungen zu Karriereverläufen von Frauen in der Wissenschaft bekannt ist). Hier kam zum Zuge, was EthnologInnen Tribalismus nennen, also eine Verhaltenstendenz der Bevorzugung von Kontakten zu Mitgliedern der eigenen Kulturgruppe.

Der weitgehende Verzicht auf die ostdeutsche Nachwuchskohorte hatte eine wesentliche Voraussetzung: Die akademische Grundversorgung Ostdeutschlands konnte vergleichsweise problemlos aus den vorhandenen personellen

Ressourcen der westdeutschen Wissenschaft erfolgen. Zwar war in einigen Fächern eine solche Anzahl von Professuren zu besetzen, dass selbst die vorhandenen westlichen Personalreserven eigentlich überfordert waren, und die Wettbewerbsfähigkeit der Berufungsverfahren ließ sich häufig nur noch formal aufrechterhalten. Aber es konnte dann immer noch auf AnwärterInnen zurückgegriffen werden, die nach allem menschlichen Ermessen in der west-



deutschen Normalsituation ihre Chancen ausgereizt hatten, ohne auf eine Professur gelangt zu sein. In den neu aufzubauenden Rechts- und Wirtschaftswissenschaften beispielsweise konnte, wer westelbisch habilitiert war, angesichts der Vielzahl zu besetzender Positionen kaum abgewiesen werden. »Nicht zuletzt aufgrund des großen Zeitdrucks«, so formulierte der seinerzeitige Generalsekretär des Wissenschaftsrates, »ist es nur teilweise gelungen, den internationalen Standards entsprechende Berufungsverfahren durchzuführen.«³

Gleichwohl musste das – je nach Fächergruppe relative oder absolute –

Übergewicht westdeutscher Berufungen in Ostdeutschland grundsätzlich weder verwundern, noch musste sich dahinter prinzipiell ein Problem verbergen: Die ostdeutsche Partialpopulation bildet nun einmal nur 20 Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung. Zudem hätte man es wohl insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften keinem Studierenden ernsthaft wünschen dürfen, ausschließlich von früherem DDR-Personal belehrt zu werden.

Im Übrigen ließ sich die dann entstandene Situation durchaus im Stile eines ethnologischen Feldtagebuchs beschreiben, wie es Wolfgang Kaschuba, Ethnologe an der Humboldt-Universität, unternommen hatte:

Fremde rücken in das Gebiet einer indigenen Stammeskultur vor, sie übernehmen dort die Schlüsselpositionen der Häuptlinge und Medizinmänner, zerstören einheimische Traditionen, verkünden neue Glaubenssätze, begründen neue Riten. Das klassische Paradigma also eines interethnischen Kulturkonflikts, nur daß sein Schauplatz nicht in Papua-Neuguinea liegt, sondern ganz unexotisch nah, in Berlin, Unter den Linden.⁴

Bewertungen

Im Ganzen hatte sich der ostdeutsche Wissenschaftsumbau als ein Anpassungsprozess an das normsetzende und strukturtransferierende westdeutsche Wissenschaftssystem vollzogen und war das Personal stark dezimiert sowie deutlich vermännlicht und verwestlicht worden. Der Vorgang wurde umgesetzt unter Bedingungen eines unangemessenen Zeitrahmens, defizitärer Kapazitäten der Transformationsbewältigung seitens des politischen Systems sowie rigider Sparzwänge. Er war gekennzeichnet durch Schwächen der Problemdefinition, in ihrem Anspruchsniveau stark differierende Zielsetzungen, Delegitimierungsanstrengungen hinsichtlich der ostdeutschen Ausgangsstruktur, asymmetrische Organisiertheit der konfligierenden Interessen und dadurch dominierende Einflüsse klientelistischer Interessenskartelle.

Es erstaunte, dass dies zwischenzeitlich auch von Protagonisten der Entwicklung so eingeschätzt worden war.

Als 2002 auf einer Tagung »10 Jahre danach« Akteure des Wissenschaftsumbaus ihr seinerzeitiges Tun und dessen Wirkungen bilanzierten, fiel die Rückschau im Grundsatz positiv aus. Doch schloss dies deutliche Selbstzweifel und kritische Anmerkungen ein. Schuld habe man auf sich geladen und sich an einer ganzen Generation versündigt (Horst Kern). Ungerechtigkeiten (Benno Partier) und persönliche Tragik (Manfred Erhardt) seien zu beklagen. Es habe sich um einen schmerzlichen Prozess gehandelt (Jens Reich), für die Betroffenen um eine Katastrophe (Gerhard Maess). An der Humboldt-Universität seien Fehlentscheidungen der Ehrenkommissionen vorgekommen, wenngleich nur gelegentliche (Erich Thiess), und ungerechtfertigte Härten erzeugt worden (Richard Schröder).⁵ Am deutlichsten formulierte der Konstanzer Philosoph Jürgen Mittelstraß:

Wenn ich als altes Wissenschaftsratsmitglied [...] einen Wunsch frei haben sollte, dann den, dass wir – und sei es auch nur auf eine mehr oder weniger symbolische Weise – gutzumachen versuchen, was damals, bewirkt durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, an persönlichem Unrecht geschah gegenüber Akademieangehörigen, die, obgleich von bewiesener Leistungsfähigkeit, freigestellt, unzureichend weiterfinanziert und schließlich doch fallengelassen wurden. Und ebenso gegenüber Hochschullehrern, die wiederum trotz dokumentierter Leistungsfähigkeit der Abwicklung ihrer Einrichtungen zum Opfer fielen. Hier ist in zu vielen Fällen nicht nur fahrlässig mit der Ressource Geist umgegangen worden, sondern auch Würde und Leben einzelner Wissenschaftler verletzt worden.⁶

Mittelstraß schloss mit den Worten: »Raffen wir uns auf, hier noch einmal – das Endliche im Blick und das Versöhnliche im Herzen – etwas Selbstverständliches zu tun«. In der Diskussion präziserte er, was er damit meinte: »Laßt uns noch einmal gemeinsam über die Bücher gehen und gutzumachen suchen, was damals an persönlichem Unrecht geschah«. Hier klang also ein Unbehagen an, das die ansonsten dominierenden Positivdarstellungen ein wenig irritierte. Folgen ergaben sich daraus nicht.

Gründe

Im Rückblick wird häufig gefragt, was den Durchmarsch der westdeutschen Strukturen und des westdeutschen Personals gerade im Wissenschaftsbereich so leicht gemacht habe. Manche vermuten, dass sich ein antikommunistischer Furor Bahn gebrochen habe, der die Ideologieproduzenten des DDR-Sozialismus vor allem in der Wissenschaft entdeckte. Andere sehen die Ursachen in der komfortablen personellen Ausstattung der DDR-Wissenschaft. Wieder andere verweisen auf das Wirksamwerden der wissenschaftssystemtypischen Konkurrenzstrukturen, innerhalb derer die neu Hinzugekommenen die Spielregeln halt schlechter beherrscht hätten. Keine der drei Einschätzungen geht an den Tatsachen vorbei und keine erklärt jeweils für sich genommen allein die Vorgänge.

Den antikommunistischen Furor hat es gegeben, aber er hätte nicht erfolgreich sein können, wenn seine Motive nicht auch empirisch unterfüttert gewesen wären – und damit auch anderen eingeleuchtet hätten. Denn es gab auch die Betonköpfe unter den HochschullehrerInnen, denen Ideologie als Wissenschaft galt, die keine Scheu hatten, dem MfS über KollegInnen und StudentInnen zu berichten, und die bereitwillig an jeder politischen Strafaktion mitwirkten, die von und in den Hochschulen verlangt wurde. Eine emanzipatorische Gesellschaftswissenschaft etwa wurde in der DDR nur von einer Minderheit vertreten.

Die personelle Ausstattung der DDR-Wissenschaft war im Verhältnis zu den Studierendenzahlen tatsächlich sehr komfortabel, im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung indes nicht. Doch hier war das Hauptproblem, dass in Sachsen und (Ost-)Berlin rund die Hälfte der ostdeutschen Wissenschaftspotenziale konzentriert war, d. h. dort war auch im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung eine – im West-Ost-Vergleich – »Überausstattung« gegeben.

Die typischen Konkurrenzstrukturen eines meritokratischen Wissenschaftssystems sind tatsächlich wirksam geworden, waren zum Teil aber auch temporär außer Kraft gesetzt: Zeitweise wurde in Besetzungsverfahren ein Ostbonus angewandt. Gleichzeitig war es aber auch die Stunde für Durchschnittsbegabung

gen – was wiederum weniger despektierlich gemeint ist, als es klingt: Die meisten Menschen sind Durchschnittsbegabungen, denn der Durchschnitt errechnet sich aus der Streuung zwischen sehr schlecht und sehr gut geteilt durch die Anzahl der jeweiligen Kohortenangehörigen. Das Problem war eher: Um eine überdurchschnittliche ostdeutsche Bewerberin hinter sich zu lassen, genügte der westdeutschen Konkurrentin unter den obwaltenden Umständen auch eine durchschnittliche Performanz; und der durchschnittliche Ost-Bewerber konnte durchaus auch von einem unterdurchschnittlichen Konkurrenten ausgestochen werden, soweit dieser nicht aus dem Osten kam.

Hier wurde das Zusammenspiel habituelier Eigenheiten, fehlender Netzwerkeinbindungen und ungenügender Beherrschung der Spielregeln wirksam. Letztere benötigen den richtigen Habitus und Vernetzung, um wirksam zu werden. Ansonsten aber waren die Spielregeln gar nicht so unähnlich zwischen DDR und ehemaliger BRD, wie eine prägnante journalistische Beobachtung am Historischen Institut der Universität Potsdam aus dem Jahre 1995 offenbart:

Den Studenten wird hier wahrlich einiges geboten. Junge Leute, die bei irgendeinem westdeutschen Karriere-Historiker studieren, genießen dieses Privileg nicht. Nie werden sie erleben, wie sich ihr Professor im Vorlesungs-

raum geknickt anklagt: daß er schändlicherweise und ohne Not den herrschenden Diskurs nachgeplappert habe; daß er konkurrierende Kollegen weggeboxt habe; daß er eigene Schüler rücksichtslos auf Versorgungsstellen gehievt habe; daß er strategische Koalitionen geschlossen habe, um der eigenen Forschung Geldmittel zu sichern; daß er planmäßig Berufungskommissionen infiltriert habe; und daß er das alles jetzt bereue.⁸

Anmerkungen

- 1) Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Der Minister: An den Rektor der Universität Leipzig. Betr.: Auflösung von Teileinrichtungen Ihrer Hochschule. 12. Dez. 1990: 2, unveröff.
- 2) Grundlagen dieser Zusammenschau sind: Werner Meske 1993: *Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems. Eine Zwischenbilanz*, Berlin; Hansgünter Meyer 1993: *Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien – Friktionen – Optionen – Statistik*, Berlin; Peer Pasternack 1996: *Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur. Vergleichsstudie im Anschluß an die Untersuchung »Geisteswissenschaften in der ehem. DDR (Konstanz 1990)«*, Leipzig; Thomas Neie 1996: »Die Entwicklung des Personalbestandes an den ostdeutschen Hochschulen 1990–1993«, in: *hochschule ost 1/1996*: 133–148; Gertraude Buck-Bechler/Hans-Dieter Schaefer/Carl-Hellmut Wagemann (Hg.) 1997: *Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung*, Weinheim; Dirk Lewin 1997: *Datenalmanach zum Handbuch Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland*, Weinheim; Anke Burkhardt 1997: *Stellen und Personalbe-*

stand an ostdeutschen Hochschulen 1995. Datenreport, Wittenberg; Arno Hecht 2002: *Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration?*, Leipzig.

- 3) Wilhelm Krull 1994: »Im Osten wie im Westen – nichts Neues? Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Neuordnung der Hochschulen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR«, in: Renate Mayntz (Hg.): *Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß*, Frankfurt a.M./New York: 205–225; hier: 215.
- 4) Wolfgang Kaschuba 1993: »Neue Götzen, alte Rituale. Die Berliner Humboldt-Universität im Kulturkonflikt«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 20./21.3.1993.
- 5) Jakob Wegelin 2002: »Geklonte Defizite. Ein Symposium der Evaluierer hält nach zehn Jahren ratlose Rückschau auf die Wissenschafts-Transformation in Ostdeutschland«, in: *Leibniz Intern* Nr. 12, 30.4.2002: 13–15; hier: 14f.
- 6) Jürgen Mittelstraß 2002: »Unverzichtbar, schwer kontrollierbar. Die Strukturkommission – Alibi oder zeitgemäßes Instrument der Hochschulpolitik?«, in: *Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft* (Hg.): *10 Jahre danach*, Essen: 29–32; hier: 32.
- 7) Wegelin 2002, a.a.O.: 15; Jürgen Mittelstraß (lv.): »Laßt uns noch einmal über die Bücher gehen ...«, in: *Leibniz intern* Nr. 12, 30.4.2002: 10f.
- 8) Dirk Schümer 1995: »Geschichte als Wundpflaster. Die Potsdamer Historiker rechnen mit ihrer Vergangenheit ab – aber nur mit der vor 1989«, in: *F.A.Z.*, 8.7.1995: 29.

Prof. Dr. Peer Pasternack ist Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg. eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; <http://www.peer-pasternack.de>.

GeN

Gen-ethisches Netzwerk e.V.

Kostenlose
40-seitige
Broschüre!

BITTERE MEDIZIN FREIHANDEL UND GESUNDHEIT



JETZT KOSTENLOS BESTELLEN! Aus dem Inhalt: TTIP und Pharma-Lobbying +++ CETA, TTIP und Krankenversicherungssystem +++ Investitionsschutz und Gesundheitsversorgung +++ Gesundheitspolitischer Protest in den USA

Gen-ethisches Netzwerk e.V.

030/685 70 73 gen@gen-ethisches-netzwerk.de

www.gen-ethisches-netzwerk.de



Der Zusammenbruch der DDR vollzog sich auch im Hochschulbereich. Für eine kurze Phase stand die selbstbestimmte, demokratische Umgestaltung des DDR-Wissenschaftssystems im Mittelpunkt, doch schon sehr schnell wurde mit der Perspektive der deutschen Einheit die Einordnung in das Modell der Bundesrepublik unausweichlich. Aus dem Abstand von 25 Jahren skizziert Peer Pasternack die wesentlichen Abläufe von Umbau und Abwicklung des ostdeutschen Hochschulwesens. Grund zum Feiern gibt es demnach eher wenig. S. 22



Heutzutage heißt es »sozial schwach«, wenn von den früher als »asozial« bezeichneten Menschen die Rede ist. Das klingt irgendwie netter, aber reicht das schon aus? Ist der neu gewählte Begriff tatsächlich angemessener, humaner und hilfreicher als der alte? Magda von Garrel versucht in ihrem Beitrag, den Inhalten und Funktionen eines fragwürdigen und mit vielfältiger Bedeutung aufgeladenen Begriffs – auch auf der Grundlage eigener Beobachtungen und Erfahrungen – genauer nachzugehen und plädiert für einen vorsichtigen Umgang mit dieser Bezeichnung. S. 50

Wissenschaft und Demokratie

| | |
|---|----|
| Transformative Wissenschaft | 4 |
| <i>Uwe Schneidewind und Carsten von Wissel diskutieren, warum Wissenschaft neue Formen der Demokratisierung braucht</i> | |
| Demokratie und Wissenschaft | 9 |
| <i>Größeren demokratischen Einfluss für mehr Nachhaltigkeit in der Forschungsstrategie fordert Steffi Ober</i> | |
| Wissenschaft und Gewerkschaft von unten | 15 |
| <i>Ricardo Kaufer stellt wissenschaftliche Forschungsmethodik in der anarchosyndikalistischen Gewerkschaftspraxis vor</i> | |
| Nicht ohne politisches Mandat! | 18 |
| <i>Daniel Gaített resümiert die Rolle der Verfassten Studierendenschaft mit besonderem Blick auf Bayern</i> | |
| Radikale Politik an der Hochschule? | 20 |
| <i>Über Erfahrungen beim Versuch, sich an der Uni politisch zu engagieren, berichtet der SDS Würzburg</i> | |

25 Jahre Deutsche Einheit

| | |
|---|----|
| Wissenschaftsumbau Ost | 22 |
| <i>Mit 25 Jahren Abstand skizziert Peer Pasternack die Abläufe vom Umbau des ostdeutschen Hochschulwesens</i> | |
| Dokumentation einer Abwicklung | 26 |
| <i>Hans-Dieter Klein erinnert sich an Erlebnisse in einer dramatischen Zeit an der Universität in Halle</i> | |

Bildung und Wissenschaft

| | |
|--|----|
| Hochschulfinanzierung in der Drittmittelfalle | 29 |
| <i>Eingefrorene Ungleichheit entdeckt Torsten Bultmann im aktuellen Förderatlas der DFG</i> | |
| Missbrauchte Wissenschaft | 34 |
| <i>Philipp Mimkes befragt Christian Kreiß zur Einflussnahme großer Unternehmen auf die Hochschulen</i> | |

Gesellschaft und Ökonomie

| | |
|--|----|
| Entstehung des öffentlichen Sektors im Kapitalismus | 42 |
| <i>Lutz Brangsch analysiert die Spannungen zwischen öffentlichem und privatem Wirtschaftssektor</i> | |
| Industrie 4.0: Maschinen entscheiden? | 47 |
| <i>Die Auswirkungen neuer Produktionstechnologien auf die Arbeitsverhältnisse erläutert Marcus Schwarzbach</i> | |
| »Sozial Schwache« | 50 |
| <i>Magda von Garrel untersucht Inhalte und Funktionen eines fragwürdigen Begriffs</i> | |

Geschichte

| | |
|--|----|
| Ein Gegner des Ersten Weltkrieges | 54 |
| <i>Wie der DADA-Begründer Hugo Ball zum überzeugten Antimilitaristen wird erzählt Karlheinz Lipp</i> | |

Vermischtes

| | |
|--|----|
| Nachrichten aus Wissenschafts- und Hochschulentwicklung | 36 |
| BdWi-Inlay I-IV | 38 |
| Kolumne (Georg Fülberth) | 17 |
| Rezensionen | 58 |
| Annotationen | 59 |
| Leserbrief | 63 |
| Impressum, Bildnachweis | 63 |